

Michael Opielka

Der Nutzen des Grundeinkommens für Digitalisierung und Arbeit 4.0

Kurzvortrag Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung – Herausforderungen der Digitalisierung, Kochel am See, 13. Januar 2018

Ganz herzlichen Dank für die Einladung, meine Vorstellungen zur strategischen Bedeutung des Grundeinkommens als sozial- und wirtschaftspolitischer Idee für Digitalisierung und Arbeit 4.0 vor Ihrem Diskussionskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung zu präsentieren. Der Kocheler Kreis hat jüngst zwei Veröffentlichungen vorgelegt, die zeigen, wie zentral die Idee des Grundeinkommens für eine sozialdemokratische Zukunftspolitik sein könnte. Sie konnten zeigen, dass „Ungleichheit“ als kritischer Horizont und damit „Gleichheit“ als sozialpolitische Idee zukunftssträchtig sind und bleiben.¹ Ferner konnten Sie nachweisen, dass für die sozialpolitische Finanzierungsbereitschaft nicht primär materielle Eigeninteressen, sondern Wertorientierungen, Normative ausschlaggebend sind.² Heute laden Sie zwei Sozialpolitikforscher ein, die auf den ersten Blick Ihrem Kreis nicht zugehören können: meinen Kollegen Christoph Butterwegge, Präsidentschaftskandidat der Linken, der seit Jahren wirkmächtig einen Sozialstaatsabbau beklagt und zugleich fest überzeugt ist, dass die Grundeinkommensidee diesen Abbau noch verschärfe und zudem ohnehin unfinanzierbar sei; und Sie haben mich eingeladen, der seit 1979 versucht, den Grünen eine sozialpolitische Grundidee zu vermitteln, ich nenne sie „Garantismus“, zu der das Grundeinkommen notwendig gehöre. Weder Linke noch Grüne sind in den kommenden Jahren auf Bundesebene Partner der Sozialdemokratie. In einigen Ländern regieren sie freilich gemeinsam, in Kommunen ohnehin. Ich will noch einen Schritt weiter gehen: *Ohne die Sozialdemokratie wird das Grundeinkommen nicht kommen, und wenn doch, dann nicht gut.* Deswegen freue ich mich, dass wir heute darüber in einen Diskurs eintreten können. Kollege Butterwegge wird Ihre Gedanken in der Richtung zuspitzen, wie sie Ihnen bereits bekannt sind. Ich habe dagegen eine Bitte: lassen Sie sich auf die folgenden Gedankengänge ein, auch wenn sie Ihnen spontan fremd oder gar falsch erscheinen. Am Ende können Sie sie natürlich verwerfen und werden das vielleicht auch. Vielleicht haben Sie am Ende aber auch den Eindruck, dass eine Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts zwingend für ein Grundeinkommen kämpfen kann und muss. Das würde mich freuen und ich bin sicher, dieses Ergebnis würde auch Sie dauerhaft zufriedener machen.

¹ Bormann, René/Ruhose, Fedor/Truger, Achim, Bekämpfung der Ungleichheit. Rückbesinnung auf den Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, WiSo direkt 16-2017, Bonn: FES 2017

² Bandau, Frank/Lübker, Malte/Rixen, Thomas, Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert? Einstellungen zur Finanzierung und politische Handlungsoptionen, Bonn: FES 2017

Grundeinkommen und Arbeit 4.0

Eine Diskussion über die Relevanz des Grundeinkommens für den sogenannten „Megatrend“ Digitalisierung muss zu zwei sozialdemokratischen Ideen Stellung nehmen: Arbeit und Gleichheit.

Arbeit ist hier Natur- und Weltgestaltung, die durch kapitalistische Profitinteressen zwar entfremdet wird, ihre Wiederaneignung gilt aber als möglich. Digitalisierung und Arbeit 4.0 führen dazu, dass Fragmentierung und Flexibilisierung die Arbeitswelt der Zukunft noch mehr prägen als bislang. Arbeits- und Lebenswelt durchdringen sich. Damit werden soziale, kulturelle und politische Identifikationsprozesse erschwert oder gar behindert, eine Arbeiteridentität mit Klassenbewusstsein noch unwahrscheinlicher. Spaltungen zwischen Kern- und Randbelegschaften werden vertieft, letztere nehmen zu. Identifikation wird wesentlich auch über einen „gerechten“ Lohn hergestellt, was Gewerkschaften Relevanz zuweist. Arbeit 4.0 bedroht die ohnehin brüchigen Bindungen. Die Kopplung von Arbeitseinkommen und Lebensunterhalt wird damit für immer mehr Menschen in immer mehr Lebensphasen riskanter.

Gleichheit ist für sozialdemokratische und sozialliberale Programmatik ein republikanischer Wert an sich. Politische Gleichheit erscheint ohne relative ökonomische Gleichheit nicht denkbar. Digitalisierung und Arbeit 4.0 erhöhen Ungleichheit einerseits deshalb, weil eine disruptive Innovationskultur notorisch eher langsame mentale und institutionelle Anpassungsreaktionen erschwert. Andererseits trägt das Winner takes it all Prinzip der digitalen Ökonomie auf allen Ebenen zu Allokationen von Ressourcen und Erträgen bei, die sehr ungleich verteilt sind. Auch deshalb wird seit längerer Zeit immer wieder die Forderung nach einer „Maschinensteuer“ oder „Robotersteuer“ erhoben, die Technik selbst dafür zahlen, dass Menschen leben können. Doch weder Maschinen noch Roboter im Besonderen sind rechtsfähige, besteuerbare Subjekte.

Wie können Arbeit und Gleichheit als Werte bzw. Wertmetaphern gesichert, verteidigt oder gar erweitert werden? Hier kommt die Idee des Grundeinkommens ins Spiel, für beide Werte. Lassen Sie mich dies kurz ausführen, es erklärt sich nicht von selbst.

Denn unter dem Wert „Arbeit“ wird üblicherweise – nicht nur in der Linken – verstanden, dass man für sich tätig ist, dass man die einem je mögliche Leistung erbringt, nicht anderen auf der Tasche liegt oder – wie es ein früherer Bundesarbeitsminister einmal für das Ende, die Rente formulierte: „Rente ist Alterslohn für Lebensleistung“. Arbeitseinkommen belohnt die

Lebensleistung, wer nicht arbeitet, soll auch keinen Lohn erhalten und, so war es früher, auch nichts essen. Diese Reziprozitätsregel gilt als fair. Deshalb wirkt das Grundeinkommen irritierend. Nun soll ein Teil der gesellschaftlichen Wertschöpfung – meist geht man von etwa 50% der Haushaltseinkommen aus – arbeitslos auf alle Köpfe der Gesellschaftsmitglieder verteilt werden. In der Tat, die Idee des Grundeinkommens nimmt der Arbeits-Wertidee die Hälfte. Das Überleben – und mehr sind 50% nicht – wäre nicht mehr an Arbeitsleistung geknüpft. Wird damit die Idee des emanzipatorischen und inklusiven Wertes „Arbeit“ ebenfalls abgeschafft? Das muss nicht nur nicht sein, es erscheint auch unwahrscheinlich. Denn um die restlichen 50% des Volkseinkommens wird nach wie vor ein – vielleicht sogar noch heftigerer – Wettstreit entstehen. Möglicherweise führt die Gleichheitsmaschine Grundeinkommen aber auch zu einer Begrenzung dieses Wettbewerbs im Sinne einer Begrenzung der Spreizung von Primäreinkommen, wie es vor nicht so langer Zeit einmal Gegenstand eines Referendums in der Schweiz war: in keinem Betrieb solle Bestverdiener mehr als das 10fache des Geringsten erhalten. Die Botschaft für den Wert der „Arbeit“ lautet bei einem Grundeinkommen: ihr arbeitet nicht für euer Überleben, sondern für Sinn und Wohlstand. Das erscheint mir die Aktualisierung des sozialdemokratischen Versprechens.

Die Auswirkung des Grundeinkommens auf den Wert „Gleichheit“ habe ich in einem Aspekt, der möglichen Reduzierung der Spreizung der Primäreinkommen, bereits angesprochen. Ein Grundeinkommen kann aber auch dazu beitragen, die Spreizung der Sekundäreinkommen zu reduzieren, die gerade im „konservativen“ Wohlfahrtsstaat noch immer sehr stark an den jeweiligen Arbeitsmarkt-Status geknüpft sind. Dazu wäre es geboten, die Idee des Grundeinkommens mit der Idee der Bürgerversicherung als Strukturreform des Wohlfahrtsstaates zu verknüpfen. Hier bietet die Schweiz mit der Alterssicherung AHV ein vorzügliches und referendumsfähiges, bewährtes Modell. Alle Einkommensarten werden mit einer zweckgebundenen Sozialsteuer verbeitragt, ohne Obergrenze. Dafür werden die Beiträge insgesamt niedriger, da auch die Erhebungsbasis deutlich größer ist. Zugleich werden die Leistungsbeträge in einem Korridor – die Schweiz verwendet 1 zu 2, d.h. die Leistungen erreichen maximal das Doppelte der Grundrente – gesockelt und gedeckelt. Aus meiner Sicht spricht sozialpolitisch und sozialrechtlich nichts dagegen, dieses Bürgerversicherungsprinzip auf alle Geldleistungssystem des Sozialstaats auszuweiten. Ich habe dies als sogenannte „Grundeinkommensversicherung“ vorgeschlagen und kam für 2008 auf einen Beitragssatz von 17,5%, also für Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Kindergeld, Elterngeld, Bafög und Krankengeld. Je höher das Leistungsniveau – was den Sockel, also das Grundeinkommen,

und was die Breite des Korridors, also den Höchstleistungsbetrag betrifft -, desto höher der Beitrag.³ Das ist übrigens immer so.

Würde eine „Grundeinkommensversicherung“ den Wert der „Gleichheit“ befördern? Nun, wer aus Gleichheitsgründen für eine Bürgerversicherung eintritt, wird dies eindeutig bejahen. Passt sie in die digitalisierte Welt? Nichts passt besser, denn die individualisierende, virtuelle, disruptive Dynamik der Digitalisierung braucht Gegengewichte in der realen, institutionellen und moralischen Welt der Moderne – und der Sozialstaat ist hier ein machtvolles Gegengewicht.

Grundeinkommen als Paradigma für die Wissensgesellschaft

Erlauben Sie zum Abschluss meiner kurzen, einführenden Überlegungen noch einen grundsätzlichen Gedanken zur Rahmung des Grundeinkommens in der Wissensgesellschaft. Es geht um das Paradigma des künftigen Wohlfahrtsstaates, auf den zu wir uns bewegen – ob nun erwartet oder gezielt. Gøsta Esping-Andersen, der einflussreiche und kluge Sozialpolitikforscher, hat mit seiner Theorie der Wohlfahrtsregime einen nicht hintergehbaren analytischen Vorschlag gemacht. Er unterschied das liberale, das konservative und das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime entlang von zentralen Kategorien und Indikatoren. In der Folge wurde die Dreiertypologie mannigfach ergänzt, beispielsweise durch ein „mediterranes“, ein „post-sozialistisches“ oder ein „konfuzianisches“ Regime. Ich selbst bin dem struktur- und kulturtheoretischen Gedankengang von Esping-Andersen gefolgt und habe ein viertes „garantistisches“ Wohlfahrtsregime vorgeschlagen, das sich auf die Garantie von Bürger- und Menschenrechten konzentriert.⁴ Um verfrühte und falsche Abgrenzungen zu vermeiden: die Wohlfahrtsregime-Theorie hat gerade gezeigt, dass Mischungen, Mixes zwischen den Regimetypen die Regel sind, ein extremes Beispiel ist das sozialistische Gesundheitswesen (National Health Service) im liberalen Wohlfahrtsstaat Großbritannien. Auch Deutschland, klassisches Land des konservativen Regimemodells, ist in einigen Bereichen unterdessen liberaler – wie in der Arbeitsmarktpolitik – oder linker geworden – wie

³ Opielka, Michael, Strukturprobleme der Finanzierung der sozialen Sicherheit aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Das Grundeinkommen als zentrale sozialpolitische Innovation, in: Masuch, Peter et al. (Hrsg.), Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht. Band 2, Berlin: Erich Schmidt, 2015, S. 735-754

⁴ Opielka, Michael, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt 2008

in einigen sozialen Dienstleistungsbereichen, die allerdings ohnehin immer schon eher „garantistisch“ waren, also am Bürgerstatus anknüpften und nicht am Arbeitsstatus.⁵

Auch ein Grundeinkommen ist im Grundsatz mit allen Regimeideen verbindbar. Im liberalen Modell landet man bei der Negativsteuer von Milton Friedman oder dem Bürgergeld von FDP-Andreas Pinkwart, also bei einem Reduktionsmodell für den Wohlfahrtsstaat. Im konservativen Modell, siehe das Solidarische Bürgergeld bei Dieter Althaus, landet man eher konservativen Inklusionsideen via Familie und Bedürftigkeit. Das sozialistische bzw. sozialdemokratische Regimemodell tut sich mit dem Grundeinkommen schwer, aber sie ist sehr wohl denkbar: Vor gut dreißig Jahren hat der damalige sozialistische Sozialminister Alfred Dallinger in Österreich für eine sozialdemokratische Idee eines Grundeinkommens geworben.

„Garantismus“ ist insoweit zumindest eher eine Programmatik als ein institutionelles Geflecht. Eine sozusagen rot-grüne Kombinatorik aus Sozialdemokratie und Garantismus lässt viel Spielraum und zeigt doch eine Richtung an – die im Übrigen der „Sozialplan für Deutschland“ der SPD aus dem Jahr 1957 zumindest für die Rente bereits angezeigt hatte: in Richtung Bürgerversicherung und Grundrente.⁶

Ich habe eine solche Grundorientierung mit dem Begriff „Soziale Nachhaltigkeit“ versehen.⁷ Nachdenken und Diskussion über Grundeinkommen unter Bedingung der Digitalisierung zeigen nämlich noch eine weitere Dimension, die im sozialdemokratischen Themenhaushalt stets von Prekarität bedroht ist: man setzt auf Wirtschaftswachstum als Mengenwachstum – auch wenn leichthin vom „qualitativen“ Wachstum die Rede ist. Die Diskussion um eine Postwachstumsgesellschaft, um „Degrowth“ oder „Suffizienz“ sollten nicht ins jugendliche Abseits verwiesen werden, auch wenn Rechtspopulisten von Trump über AfD bis Berlusconi damit, wie überhaupt mit Diversität, Emanzipation, Menschenrechten und – eben – Gleichheit nichts zu tun haben wollen. Die Idee des Grundeinkommens führt den Wert der Bescheidenheit der Genügsamkeit, den Blick auf das Wesentliche in die Politik ein. Das sollte man nicht geringerschätzen.

Prof. Dr. Michael Opielka ist wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des ISÖ – Institut für Sozialökologie gGmbH in Siegburg und Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Kontakt: michael.opielka@isoe.org

⁵ Bahle, Thomas, Wege zum Dienstleistungsstaat. Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007

⁶ Achinger, Hans, Zur Neuordnung der sozialen Hilfe. Konzept für einen deutschen Sozialplan, Stuttgart: Friedrich Vorwerk 1954; Auerbach, Walter u.a., Sozialplan für Deutschland. Auf Anregung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin: Dietz 1957

⁷ Opielka, Michael, Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft, München: oekom 2017